

Rente mit 67 – und danach?

Vorschläge zur Steigerung des bürgerschaftlichen Engagements Älterer

Die neue britische Regierung gibt ein neues Leitbild vor, das auch die deutsche Debatte um mehr bürgerschaftliches Engagement bereichern könnte: „The Big Society“. In einer „Big Society“ sollen die partizipativen Entscheidungskanäle und kommunalen Gestaltungsressourcen aller Gesellschaftsschichten ausgeschöpft werden, um sich selbst verpflichtete und verantwortungsvolle Gemeinschaften entstehen zu lassen.

Die Bundesregierung will am 6. Oktober ihre nationale Engagementstrategie vorstellen. Zentrale Aspekte der britischen Vision taugen auch als Leitbild für Deutschland. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die stärkere Beteiligung älterer Mitbürger am Gemeinwohl dringend notwendig. Sie muss aber auch durch eine Infrastruktur für politische und gesellschaftliche Partizipation zielgerichtet unterstützt und motiviert werden. Das bürgerschaftliche Engagement von Mitbürgern im dritten Lebensabschnitt nach Ausbildung und Erwerbsarbeit ist ein wichtiger Indikator für die Partizipationskultur einer alter werdenden Gesellschaft.

Seit Jahrzehnten wächst die Engagementquote in Deutschland. Auch die Quote älterer Bundesbürger liegt erfreulich hoch: In den Altersgruppen 50 bis 59 und 60 bis 69 Jahre engagieren sich bereits 37 Prozent freiwillig. Das Potenzial ist jedoch weit größer. Die Motivation der Älteren ist überaus hoch und beruht repräsentativen Umfragen zufolge primär auf dem Wunsch einen sinnvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander leisten zu wollen. Ebenso wird die Freude am Ehrenamt und die Pflege der sozialen Kontakte hervorgehoben.

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

»Wir wollen geeignete Rahmenbedingungen schaffen und positive Anreize dafür setzen, damit mehr Menschen Verantwortung für andere übernehmen – auch außerhalb der eigenen Familie. Bürgerschaftliches Engagement bietet Antworten auf viele Fragen nach dem Zusammenhalt der Generationen wie der gesamten Gesellschaft.«

Handlungsempfehlungen

Um das Partizipationspotential vor allem auf lokaler Ebene zu heben, bedarf es zielgerichteter Rahmenbedingungen und punktgenauer Anreize.

1. Verstärkung der Bildungs- und Weiterbildungsbemühungen.

Ein hohes Bildungsniveau und ein generelles Interesse an freiwilliger oder ehrenamtlicher Arbeit gehen Hand in Hand. Auf Kompetenzerweiterung ausgerichtete, zielgruppenorientierte Bildungsmaßnahmen sind daher wichtig. Zur langfristigen Bindung bereits Engagierter bedarf es spezieller Weiter- und Fortbildungsangebote. Erfahrungen aus dem Ausland machen deutlich, dass zur Hebung des Beteiligungspotentials älterer Generationen zielspezifische Angebote bereitgestellt werden müssen, die der Heterogenität der Gruppe der Älteren gerecht werden.

2. Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Ein einheitlicher Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz würde den Engagierten sowie den Organisationen bei Ausübung und Koordinierung von ehrenamtlichen Tätigkeiten Rechtssicherheit bei Versicherungsfragen geben. Eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von Aufwandsentschädigungszahlungen und

Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme kommunaler Dienstleistungen könnte anfallende Kosten bei der Aufnahme eines Freiwilligendienstes ausgleichen.

3. Anerkennung ehrenamtlich und freiwillig getätigter Leistungen.

Eine effektive Öffentlichkeitsarbeit würde nicht nur für eine höhere Beteiligungsbereitschaft der älteren Generation sorgen, sondern auch die Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements unter Organisationen und potentiellen Trägern erhöhen.

Fazit

In Deutschland erfolgt die Förderung kommunaler Projekte bislang überwiegend punktuell. Eine systematische Struktur an Partizipationsangeboten speziell für ältere Menschen wird nur vereinzelt umgesetzt. Angesichts der immensen gesellschaftlichen Herausforderungen des demografischen Wandels und der neuen Regelaltersgrenze von 67 („Rente mit 67“) ist eine gezielte Förderung und Stärkung bürgerschaftlichen Engagements Älterer zwingend notwendig. Deutschland kann sich ein brachliegendes Beteiligungspotential nicht mehr leisten. Die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung muss diese Umstände berücksichtigen.